

Wahlprüfstein Bundesarbeitsgemeinschaft Streetwork/ Mobile Jugendarbeit e.V.

Ihre Frage	Unsere Antwort
<p>Recht auf Wohnung und Versorgung für alle – Frage a</p>	
<p>Das Europäische Parlament hat die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, bis 2030 Wohnungslosigkeit in der EU abuschaffen. Setzen Sie sich dafür ein, dass Deutschland das Ziel der Europäischen Union erreicht? Welche Maßnahmen werden Sie dafür umsetzen?</p>	<p>Die SPD setzt sich dafür ein, dass es für alle Menschen in Deutschland angemessenen und bezahlbaren Wohnraum gibt. Insbesondere Menschen, die in Obdachlosigkeit abgerutscht sind, müssen wir als Gesellschaft nachhaltig helfen. Zu der Bereitstellung einer Unterbringung sind in der Regel die Kommunen verpflichtet. Die Bekämpfung von Obdachlosigkeit stellt Metropolen vor große Herausforderungen, da es bereits heute zu wenig Wohnraum gibt.</p> <p>Die Bundesregierung hat erstmals eine bundesweite Datenerhebung über Ausmaß und Struktur der Wohnungslosigkeit in Deutschland auf den Weg gebracht. Mit Hilfe dieser Erkenntnisse werden sozialpolitische Maßnahmen zielgenauer gestaltet sowie Länder und Kommunen dabei unterstützt, Wohnungslosigkeit zu bekämpfen. Die Daten werden darüber hinaus dazu beitragen, die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung zu verbessern.</p> <p>Ab 2022 wird es eine zentrale Statistik über wohnungslose Menschen geben, die in Gemeinschafts- oder Notunterkünften untergebracht sind. Der Wohnungslosenbericht wird künftig alle zwei Jahre veröffentlicht, erstmals im Jahr 2022. Zu den Ergebnissen dieser Erhebung müssen wir entsprechende Konsequenzen</p>

	ziehen, damit niemand in Deutschland auf der Straße leben muss.
2. Recht auf Wohnung und Versorgung für alle – Frage b	
Aktuell sind ca. 678.000 Menschen ohne Wohnung. Die Pandemie hat die prekäre Situation noch verschärft. Wie können Sie bewirken, dass Wohnraum geschaffen und die Enge in Sammelunterkünften reduziert wird? Wie werden Sie medizinische Hilfen auch für nicht Krankenversicherte zugänglich machen?	<p>Gerade in der schwierigen Zeit der Corona-Pandemie ist weiterhin ein entschlossenes Vorgehen erforderlich. Wir wollen eine flächendeckende Umsetzung von Housing-First-Konzepten in den Städten und Kommunen voranbringen. Die sehr hohen Erfolgsquoten dieser Projekte ermöglichen die Rückkehr in die eigene Wohnung.</p> <p>Housing-First bedeutet, dass Obdachlose dezentral, ohne Vorbedingungen eine Wohnung (mit eigenem Mietvertrag) erhalten und nach dem Einzug sozialarbeiterische Unterstützung in Anspruch nehmen können. Im Gegensatz zu anderen betreuten Wohnformen entkoppelt Housing-First das Mietverhältnis vom Unterstützungsangebot und setzt für den Bezug der eigenen Wohnung keine Bewährung in vorangehenden Hilfemaßnahmen voraus.</p>
Unabhängige Beschwerdestellen bei Polizeigewalt	
Unabhängige Beschwerdestellen bei Polizeigewalt und polizeilichem Fehlverhalten werden seit Jahren von den Menschenrechtsorganisationen in Deutschland eingefordert. Welche Schritte werden Sie bis wann unternehmen, um unabhängige Beschwerdestellen einzurichten?	Auch eine Polizeibeauftragte oder ein Polizeibeauftragter des Bundes als Anlaufstelle für Bürger:innen sowie Polizeibeamt:innen kann ein geeignetes Mittel sein, um verlorengegangenes Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden wiederherzustellen. Hierzu wollen wir die Erfahrungen mit bereits erfahrenen Beauftragten in Bund und Ländern auswerten, sowie die Hell- und Dunkelfeldforschung weiter vorantreiben.
Zeugnisverweigerungsrecht	

<p>Für Soziale Arbeit ist eine Vertrauensbeziehung zu Adressat*innen unerlässlich. Wie bewerten Sie das fehlende Zeugnisverweigerungsrecht für Sozialarbeiter*innen? Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass in der Sozialen Arbeit ein Zeugnisverweigerungsrecht gilt?</p>	<p>Sozialarbeiter*innen leisten einen wichtigen Beitrag bei der Beratung und Betreuung von Menschen in schwierigen Lebenslagen. Ein belastbares Vertrauensverhältnis ist dabei die Grundlage für eine sachgerechte Beratung. Das Herstellen eines Vertrauensverhältnisses ist schwierig, wenn Betroffene damit rechnen müssen, dass intimste Äußerungen und Gedanken vor Gericht landen könnten. Aber: Jede Ausdehnung des strafprozessualen ZVR auf neue Personengruppen schränkt die Beweismöglichkeiten der Strafverfolgungsbehörden ein. Das BVerfG hat wiederholt das öffentliche Interesse an einer möglichst vollständigen Wahrheitsermittlung im Strafprozess hervorgehoben und die Aufklärung schwerer Straftaten als wesentlichen Auftrag des Rechtsstaats bezeichnet. Vor einer Entscheidung für oder gegen ein Zeugnisverweigerungsrecht ist daher eine sorgfältige Abwägung erforderlich, um den Erfordernissen des BVerfG gerecht zu werden. Die zuständigen Arbeitsgruppen stehen der Prüfung grundsätzlich wohlwollend gegenüber.</p>
<p>Junge Menschen im ländlichen Raum Menschen, die auf dem Land leben sind aufgrund der schlechteren Infrastruktur bezüglich Mobilität, Digitalisierung, Bildungs-/ Jugendhilfeeinrichtungen, strukturell benachteiligt. Wie wollen Sie den ländlichen Raum stärken? Welche Maßnahmen werden zum Abbau der Benachteiligung getroffen?</p>	<p>Wir werden zur Stärkung des ländlichen Raums die Unterstützung von strukturschwachen Regionen durch die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GRW) verstetigen.</p> <p>Der Sonderrahmenplan Ländliche Entwicklung innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz muss noch stärker die soziale und technische Infrastruktur ausbauen. Mit zusätzlichen Bus- und Bahnverbindungen, einer besseren Mobilfunkversorgung durch staatlich</p>

geförderte Mobilfunkmaste, einen schnelleren Breitbandausbau sowie eine bessere Versorgung im Bereich Medizin und Pflege sowie Bildung und Kinderbetreuung wollen wir das Leben in den ländlichen Regionen lebenswert halten und verbessern.

In kleineren Städten und Gemeinden wollen wir gezielt unterstützen, dass zentrale Versorgungsfunktionen erhalten bleibt. Dafür gründen wir im Rahmen eines Modellprojektes des Bundes Dienstleistungszentren (DLZ) als Dreh- und Angelpunkte bestehender und neu zu schaffender Angebote. Die Zentren bauen in ihrer Arbeit auf bestehenden lokalen Angeboten im Bereich der Betreuung, der haushaltsnahen oder auch der medizinischen Dienstleistungen auf, machen diese sichtbar und vermitteln. Sie haben jedoch auch die Aufgabe, fehlende Angebote zu erkennen und Abhilfe zu schaffen.

Mobilität ist wichtig für die Lebensqualität der Menschen. Unser Ziel ist eine Mobilitätsgarantie für den ländlichen Raum: Jede*r Bürger*in – in der Stadt und auf dem Land - soll einen wohnortnahen Anschluss an den öffentlichen Verkehr haben. Wir werden wir die Attraktivität des Nahverkehrs verbessern - durch Investitionen in das Angebot und die Qualität von Zügen und Bussen und durch die Reaktivierung alter Bahnstrecken, die insbesondere ländliche Gebiete versorgt haben.

Die zunehmende Schließung von Krankenhäusern im ländlichen Raum hat auch vor dem Hintergrund der Pandemie enorme Sorgen bei der Bevölkerung ausgelöst. Wir brauchen ein neues System

	<p>der medizinischen Versorgung und der Finanzierung. Wir führen wohnortnahe Basis- und Notfallversorgungszentren ein, in denen Ärzt*innen und Therapeut*innen ambulante, stationäre und pflegerische Versorgung anbieten und eng mit Spezial – und Universitätskliniken zusammenarbeiten.</p> <p>Gerade im ländlichen Raum ist ein schneller Internetanschluss noch lange keine Selbstverständlichkeit. Wir haben die Defizite in der Pandemie gesehen und auch die enorme Relevanz für die Lebensqualität: Wir wollen, dass Deutschland bis 2030 über eine digitale Infrastruktur auf Weltniveau verfügt, über eine vollständig und durchgängig digitalisierte Verwaltung und ein Bildungssystem, in dem für das Leben in einer digitalen Welt gelernt werden kann. Um dieses Versprechen einzuhalten, werden wir die Versorgung aller Haushalte und Unternehmen mit einer Bandbreite von mindestens einem Gigabit pro Sekunde garantieren.</p>
<p>Umgang mit Geflüchteten ohne Aufenthaltsstatus</p>	
<p>In Deutschland leben Menschen, die aufgrund von Krieg, Armut und Verfolgung geflohen sind und hier illegalisiert sind. Sie haben erhebliche Unterstützungsbedarfe. Wie bewerten Sie die Situation? Welche Maßnahmen ergreifen Sie, um ihnen eine Perspektive zu geben und Wege in die Legalität aufzuzeigen?</p>	<p>Bereits in der Vergangenheit hat die SPD wichtige Regelungen durchgesetzt, um Menschen mit Duldung in einen geregelten Aufenthalt zu bringen (z. B. stichtagsunabhängiges Bleiberecht, Ausbildungs- und Beschäftigungsduldung). Diese Regelungen wollen wir weiter ausbauen und darüber hinaus im Rahmen einer Altfallregelung mit Stichtag ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht für Ausländer, die mindestens seit zwei Jahren Teil unserer Gesellschaft sind und die arbeiten oder z. B. zur Schule gehen, studieren oder eine Ausbildung machen und nicht straffällig geworden sind. Wir</p>

	<p>wollen auch Menschen ohne Duldung aus der Illegalität holen und ihnen ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dabei ist die Gesundheitsversorgung eines der drängendsten Themen, daher wollen wir Menschen ohne Krankenversicherung mithilfe eines anonymisierten Krankenscheins eine gesundheitliche Versorgung ermöglichen, wie dies beispielsweise in Thüringen bereits erfolgreich praktiziert wird. Darüber hinaus werden wir Wege prüfen, wie wir die aufenthaltsrechtliche Illegalität grundsätzlich vermeiden und beenden können.</p>
<p>Recht auf digitale Selbstbestimmung Digitale Medien bestimmen unseren Alltag. Die Prozesse der Digitalisierung haben zu mehr Überwachung und Ökonomisierung von Daten geführt, auch zu neuen Formen sozialer Benachteiligung. Wie werden Sie die Bürger*innen hiervor schützen? Wie stehen Sie zu digitaler Selbstbestimmung als Menschenrecht?</p>	<p>Unsere sozialdemokratische Idee von der digitalen Gesellschaft ist am Gemeinwohl orientiert, an Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Gerade in Zeiten des technologischen Wandels braucht es mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein neues Miteinander, wenn die Möglichkeiten, die sich beispielsweise mit sozialen Netzwerken auftun, breit genutzt und die Risiken kollektiv abgesichert werden sollen. Menschen sollen kompetent und selbstbestimmt an der digitalen Welt teilhaben. Dazu brauchen sie freien Zugang zu einem schnellen und sicheren Netz, starke Rechte als Bürger, als Verbraucher und Erwerbstätige sowie einen Anspruch auf gute Bildung, ein Leben lang.</p> <p>Die Digitalisierung darf die Gesellschaft nicht spalten. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Bürger*innen mit geringem Einkommen, für Schüler*innen und Studierende werden wir darum einen Sozialtarif für den Netzzugang schaffen. Zur digitalen Teilhabe gehört die Barrierefreiheit. Alle Bürger*innen sollen zur digitalen Selbstbestimmung befähigt</p>

werden. Wir brauchen ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen. Gerade die Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Bürger*innen zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir werden die Volkshochschulen mit einem Förderprogramm des Bundes in ihrer Entwicklung unterstützen.

Der Einsatz digitaler Technologien kann unterschiedlichen Zielen dienen. Bekanntermaßen ermöglichen sie neue Formen demokratischer Beteiligung ebenso wie Überwachung. Sie können als Instrument der Arbeitserleichterung oder Arbeitsverdichtung wirken. Roboter können menschliche Arbeit verdrängen. Assistenten bieten die Möglichkeit, die Ressourcen der wenigen Fachkräfte besser einzusetzen. Wie kann sichergestellt werden, dass digitale Technologien zum Wohl der Gesellschaft beitragen?

Wir wollen den Menschen im digitalen Wandel die selbstbestimmte Teilhabe an Familienleben, Erwerbsarbeit und gesellschaftlichem Engagement eröffnen. Weiterbildung, rechtliche Rahmenbedingungen und eine verlässliche soziale Absicherung sollen gewährleisten, dass der digitale Wandel in Wirtschaft, Arbeit und Kommunen den Menschen nutzt.

Wir wollen, dass durch den digitalen Wandel mehr Freiheit und keine neuen Diskriminierungen entstehen. Daten- und Verbraucherschutz sowie verlässliche IT-Sicherheit sind wichtige Grundlagen für das Vertrauen und die Akzeptanz jeder weiteren Digitalisierung. Digitale Souveränität, sichere Infrastrukturen und

sichere digitale Produkte sind dafür ebenso unerlässlich wie starke und unabhängige Kontrollinstanzen.

Wir wollen, dass die Menschen sich dem steten digitalen Wandel gewachsen fühlen, dass sie kompetent und souverän an der digitalen Welt teilhaben und ihn aktiv gestalten können. Gute und zeitgemäße Bildungsangebote in den Schulen, in beruflicher Aus- und Weiterbildung, an Hochschulen und in der Erwachsenenbildung müssen für alle Menschen offen zugänglich und auch als stete Begleitung im Erwerbsleben zu nutzen sein.

Um eine digitale Selbstbestimmung zu gewährleisten setzen wir also auf verschiedene Aspekte:

- Ein schneller, sicherer und bezahlbarer Internetzugang ist im 21. Jahrhundert unverzichtbar.

- Cybersicherheit und Datenschutz gehören zu den Grundlagen einer erfolgreichen Digitalisierung. Wir werden u.a. das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik als zentrale, unabhängige und ausschließlich präventiv ausgerichtete Cybersicherheitsbehörde stärken und die

Verschlüsselungsforschung ausbauen. Ebenso werden wir Hersteller verpflichten, Softwareprodukte, digitale Dienste und technische Geräte so zu konzipieren, dass sie sicher sind und dass sie bei den Standardeinstellungen die sicherste Variante wählen. Die

Datenschutzgrundverordnung ist ein wichtiger Meilenstein, für die informationelle Selbstbestimmung. Wir setzen uns daher für gut ausgestattete,

effektiv arbeitende
Datenschutzaufsichtsbehörden ein.

- Das Recht auf Anonymität im Netz ist für die Ausübung der Freiheitsrechte der Bürger*innen im digitalen Raum essenziell. Eine Klarnamenpflicht lehnen wir deshalb ab und setzen uns weiterhin für die Möglichkeit einer anonymen und pseudonymen Nutzung ein. Das ist eine wichtige Voraussetzung für eine freie Meinungsäußerung und der beste Schutz vor Diskriminierungen. Wir prüfen stattdessen weniger eingriffsintensive Maßnahmen wie die sogenannte "Login-Falle" oder ein digitales Gewaltschutzgesetz (gerichtliches Verfahren zur Beantragung von Accountsperrern).

- Eine technisch sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung ist für uns selbstverständlich.

- Privatheit und Datenschutz schaffen Vertrauen und sichern individuelle und kollektive Freiheitsräume. Das Bundesverfassungsgericht hat eine "Überwachungsgesamtrechnung" angemahnt und festgeschrieben, dass „die Freiheitswahrnehmung der Bürger“ durch die Summe der staatlichen Überwachungsmaßnahmen „nicht total erfasst und registriert werden“ darf. Wir werden daher ein dauerhaftes, regelmäßiges und unabhängiges Monitoring der Gesetze im Sicherheitsbereich schaffen.

- Wo globale Plattformkonzerne zu Monopolisten werden, bedrohen sie digitale Vielfalt und neigen dazu, nationalstaatliche Regeln zu umgehen. Wir werden deshalb gemeinsam mit den

	<p>EU-Mitgliedsstaaten eine Regulierung schaffen, den Wettbewerb sichern und alternative Angebote fördern.</p> <p>- Im Bereich der KI setzen wir auf transparente und diskriminierungsfrei angelegte Algorithmen. Die Zielsetzung einer algorithmischen Entscheidung muss klar und überprüfbar definiert sein. Hierfür brauchen wir eine stringente Regulierung und Aufsicht.</p> <p>- Wir setzen uns ein für ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung. Die Förderung der Medienkompetenz von Kindern und Jugendlichen und die Befähigung zur digitalen Selbständigkeit aller Generationen ist für uns ein zentrales Ziel, sowie eine entsprechende Infrastruktur und Unterrichtskonzepte</p>
<p>Drug-Checking</p>	
<p>Durch Drug-Checking können Konsumierende/Dritte sich über den untersuchten Stoff und mögliche Gefahren informieren. Gleichzeitig ist eine Kontaktaufnahme der Drogenhilfe zu den Konsumierenden möglich. Wie steht Ihre Partei zum Drug-Checking? Mit welchen Maßnahmen werden Sie Drug-Checking einführen?</p>	<p>Die SPD verfolgt im Rahmen ihrer Drogenpolitik einen konsequenten Harm-Reduction-Ansatz. Für uns ist klar, dass nur durch unmittelbar akzeptierende Drogenarbeit und eine ausgestreckte Hand gegenüber den Konsument:innen wir diese auch erreichen können. Ziel muss sein, Drogenkonsum oder gar Missbrauch durch Präventionsarbeit gerade bei Kindern und Jugendlichen und zielgerichteter persönlicher Ansprache zu reduzieren. Drug-Checking-Modelle müssen deshalb in erster Linie dem Prinzip der Aufklärung dienen und dürfen nicht als Ermutigung wahrgenommen werden. Mit großem Interesse beobachten wir deshalb auch die Ausgestaltung, Entwicklung und Erkenntnisse im Zusammenhang mit Drug-Checking-Modellen bei unseren europäischen Nachbarn. Die Frage von Drug-Checking-Modellen gehört deshalb auch für Deutschland auf die Tagesordnung.</p>

